

## Benzinpreis-Verbositas

Börsianer kennen das Thema 'Aufmerksamkeitsanomalie' zur Genüge. Es gibt Zeiten, in denen in ökonomischen Kreisen nahezu ausschließlich über Arbeitslosigkeit gesprochen wird. Dann wiederum gibt es Phasen, in denen das Thema Handelsbilanz dominiert.

Nicht selten ergeht sich der ökonomische Tross in der Erörterung künftiger konjekturaler Zinsveränderung durch die Notenbanken. Heute aber dominiert der Benzinpreis die deutsche Diskussion. Selbst die Nachrichtensendungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bringen Benzinpreismeldungen. Und die politischen Führer des Landes ergehen sich in Vorschlägen und Vorstellungen über die staatliche Steuerung der Treibstoffpreise. Dabei schießen die aberwitzigsten Ideen ins Kraut. Einmal heißt es, der Abzocke müsse ein Ende bereitet werden. Dann wird vorgetragen, die Übergewinne der Mineralölkonzerne müssten wegbesteuert werden. Einige Partei-Granden wollen die Pendlerpauschale anheben. Andere erkennen, dass die proportionale Mehrwertsteuer das leere Staatssä-

ckel angesichts stark gestiegener Diesel- und Benzinpreise ordentlich füllt. Aber im Ganzen zeigt die Diskussion, dass deutsche Politiker und Medien, die wahrscheinlich repräsentativ für das Volk sind, von Wirt-



schaft wenig verstehen. Ein Ökonom würde stets mit einer Aufnahme der Fakten beginnen und dabei rasch feststellen, dass der Tankende überwiegend Steuern tankt. Finanziell weniger wichtig ist der Treibstoff angesichts der exorbitanten

Belastung mit staatlichen Abgaben. Dass es so nicht sein müsste, zeigen andere Länder. In den USA gibt es einen reifen Umgang mit teureren Treibstoffpreisen. Ohne Hysterie aber mit Bitternis wird dort begriffen, dass der Krieg Israels und der USA gegen den Iran die Preise für Rohöl, Kerosin, Diesel und Benzin sprunghaft nach oben getrieben hat. Aber der Gedanke, der Staat müsse an der Zapfsäule eingreifen, kommt den Amerikanern absurd vor.

Bei genauer Betrachtung der Lage in Deutschland muss einem die im Land noch verbliebene Mineralölindustrie leidtun. Man wird kaum einen Industriesektor finden, dessen Preise so transparent sind wie die Preise der Tankstellen. Schon von weitem kann der Kunde dort sehen, welche Preise verlangt werden. Der-

lei Transparenz ist bei Kaffee, Krawatten, Autos und Damenunterwäsche keineswegs so ausgeprägt. Und das Geschwätz von 'Übergewinnen' zeugt von völliger Unkenntnis betriebswirtschaftlicher Zusammenhänge. Müsste nicht in schlechten Jahren von 'Untergewinnausgleich' gesprochen werden, um immerhin den Eindruck einer Systematik zu erwecken? Unternehmensgewinne werden in Deutschland hoch besteuert. Es gilt: Je höher der Gewinn, desto höher die Steuern. Daher sollten wir Bürger uns wünschen, dass die Unternehmensgewinne möglichst hoch ausfallen. Denn dann steigen auch die entsprechenden Staatseinnahmen.

Es gibt kaum eine Industrie, die von Steuern, Abgaben und Auflagen so nachteilig betroffen ist wie die allgemein schwachmargige Treibstoffindustrie. Gewiss liegt es auch an dieser staatlichen Übergriffigkeit, dass die Raffineriekapazitäten in Deutschland seit vielen Jahren sinken. Und einen großen Mineralölkonzern beherbergt die Bundesrepublik bereits – im Gegensatz zu Spanien, Frankreich, Polen, Österreich, Italien und UK – seit geraumer Zeit nicht mehr. Dafür sind die Standortbedingungen zu unvorteilhaft. Leider zeigt die derzeitige Debatte, dass Deutschland außer Benzin-Moralismus wenig zu bieten hat. Von marktwirtschaftlichem

Denken hat man sich in Berlin schon lange abgewandt, siehe die riesigen Langzeitsubventionen für die sog. Energiewende. Insgesamt ist unsere Demokratie und unser schrumpfender Wohlstand heute durch nichts stärker gefährdet als durch unkundige Wähler, denn solche werden sodann durch zwar wortgewaltige aber zugleich inkompetente Politiker repräsentiert.

Aus Chicago

Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Bruns".

Dr. Christoph Bruns